

ANNE  
APPLEBAUM

**DIE  
ACHSE  
DER  
AUTO  
KRATEN**



ANNE  
APPLEBAUM

# **DIE ACHSE DER AUTO KRATEN**

Korruption, Kontrolle, Propaganda:  
Wie Diktatoren sich gegenseitig  
an der Macht halten

Aus dem Englischen  
von Jürgen Neubauer

Siedler

Die Originalausgabe erschien 2024  
unter dem Titel *Autocracy, Inc.* bei Doubleday, New York.

Der Verlag behält sich die Verwertung des urheberrechtlich  
geschützten Inhalts dieses Werkes für Zwecke des Text- und  
Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor.  
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

8. Auflage

Copyright © 2024 by Anne Applebaum

Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2024

by Siedler Verlag, München,

in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,

Neumarkter Str. 28, 81673 München

[produktsicherheit@penguinrandomhouse.de](mailto:produktsicherheit@penguinrandomhouse.de)

(Vorstehende Angaben sind zugleich

Pflichtinformationen nach GPSR)

Redaktion: Bernd Klöckener, Berlin

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Satz: satz-bau Leingärtner, Nabburg

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-8275-0176-9

[www.siedler-verlag.de](http://www.siedler-verlag.de)

*Für die Optimisten*



# **Inhalt**

<b>Einleitung</b>	<b>Die Achse der Autokraten</b>	<b>9</b>
<b>Kapitel 1</b>	<b>In Gier vereint</b>	<b>25</b>
<b>Kapitel 2</b>	<b>Das Krebsgeschwür der Kleptokratie</b>	<b>49</b>
<b>Kapitel 3</b>	<b>Der Kampf um die Deutungshoheit</b>	<b>70</b>
<b>Kapitel 4</b>	<b>Ein neues Betriebssystem</b>	<b>103</b>
<b>Kapitel 5</b>	<b>Die Verunglimpfung der Demokraten</b>	<b>127</b>
<b>Epilog</b>	<b>Demokraten, vereinigt euch!</b>	<b>155</b>
	<b>Dank</b>	<b>181</b>
	<b>Anmerkungen</b>	<b>183</b>
	<b>Register</b>	<b>203</b>





## **Einleitung**

### **Die Achse der Autokraten**

Jeder von uns hat ein Bild von einem autokratischen Staat im Kopf. An der Spitze steht der Schurke, ihm zur Seite Armee und Polizei, die den Bürgern mit Gewalt drohen. Es gibt böse Mittäter und womöglich einige mutige Dissidenten.

Das ist jedoch eine Karikatur, die mit der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts wenig zu tun hat. Autokratien werden nicht von einem einzigen Bösewicht kontrolliert, sondern von raffinierten Netzwerken mit kleptokratischen Strukturen, einem komplexen Sicherheitsapparat aus Armee, Paramilitärs und Polizei sowie technischen Experten, die für Überwachung, Propaganda und Desinformation zuständig sind. Die Mitglieder dieser Netzwerke stehen nicht nur innerhalb des Landes untereinander in Verbindung, sondern auch mit den Netzwerken anderer Autokratien und manchmal sogar mit denen demokratischer Staaten. Korrupte, vom Staat kontrollierte Unternehmen in einer Diktatur machen Geschäfte mit korrupten, vom Staat kontrollierten Unternehmen in anderen Diktaturen. Die Polizeikräfte eines Landes unterstützen die Polizeikräfte anderer Länder mit Ausrüstung und Ausbildung. Die Propagandisten teilen ihre Ressourcen untereinander – Trollfarmen und Medien, die die Lügen eines Diktators verbreiten, können auch die eines anderen verbreiten – und haben

gemeinsame Themen: den Niedergang der Demokratie, die Stabilität der Autokratie und die bösen Vereinigten Staaten.

Dazu müssen sich die Schurken nicht wie in einem James-Bond-Film in einer geheimen Zentrale treffen. Unser Konflikt mit ihnen ist auch kein Systemwettstreit mit klaren Fronten und kein »Kalter Krieg 2.0«. Die modernen Autokraten bezeichnen sich als Kommunisten, Monarchisten, Nationalisten und Theokraten. Ihre Regimes haben ganz eigene historische Wurzeln, Ziele und Stile. Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen dem Kommunismus Chinas, dem Nationalismus Russlands, dem bolivarischen Sozialismus Venezuelas, der Dschutsche-Ideologie Nordkoreas und der radikalen Schia der Islamischen Republik Iran. Sie alle unterscheiden sich von Autokratien wie den arabischen Monarchien oder Vietnam, die weniger daran interessiert sind, die demokratische Welt zu untergraben; und sie unterscheiden sich von softeren Autokratien und hybriden, bisweilen auch »nichtfreiheitlich« genannten Demokratien wie der Türkei, Singapur, Indien, den Philippinen oder Ungarn, die je nach Anlass mit der demokratischen Welt auf einer Linie liegen oder nicht. Im Gegensatz zu früheren militärischen und politischen Bündnissen tritt diese Gruppe nicht als Block auf, sondern eher wie eine Kooperation von Unternehmen. Den Zusammenhalt liefert keine gemeinsame Ideologie, sondern nur die skrupellose Entschlossenheit, mit der sie sich selbst bereichern und ihre Macht erhalten. Deshalb spreche ich von der Achse der Autokraten.

Den autokratischen Führern<sup>1</sup> von Russland, China, dem Iran, Nordkorea, Venezuela, Nicaragua, Angola, Myanmar, Kuba, Syrien, Simbabwe, Mali, Belarus, Sudan, Aserbaidschan und gut drei Dutzend anderen Ländern<sup>2</sup> gemeinsam ist das Ziel, die Bürger ihres Landes von allen Entscheidungen auszuschließen, ihnen die politische Stimme zu verwehren, Transparenz

und Rechenschaft in jeder Form zu verweigern und ihre Kritiker im In- und Ausland zu verfolgen. Eine weitere Gemeinsamkeit ist ihre brutale und pragmatische Einstellung zu Reichtum. Im Gegensatz zu faschistischen und kommunistischen Führern der Vergangenheit, die Parteiapparate in ihrem Rücken wussten und ihren Reichtum nicht zur Schau stellten, leben die Führer der Achse der Autokraten oft in luxuriösen Villen und betätigen sich als Unternehmer. Ihre Bande untereinander und mit ihren Freunden in der demokratischen Welt sind keine Ideale, sondern Geschäftsbeziehungen, die der Aufweichung internationaler Sanktionen, dem Austausch von Überwachungstechnologie und der gegenseitigen Bereicherung dienen.

Außerdem unterstützt die Achse der Autokraten ihre Mitglieder beim Machterhalt. Die verhasste Regierung von Alexander Lukaschenko in Belarus<sup>3</sup> wurde wiederholt von internationalen Organisationen wie der Europäischen Union oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kritisiert und wird von ihren europäischen Nachbarn gemieden. Viele Güter aus Belarus können nicht in die Vereinigten Staaten oder die Europäische Union exportiert werden, und die nationale Fluggesellschaft Belavia erhält in Europa keine Landeerlaubnis. Doch in der Praxis ist Belarus keineswegs isoliert. Mehr als zwei Dutzend chinesische Unternehmen haben im Land investiert und sogar einen chinesisch-belarussischen Industriepark nach einem Vorbild in Suzhou errichtet.<sup>4</sup> Der Iran und Belarus haben 2023 den diplomatischen Austausch auf höchster Ebene aufgenommen.<sup>5</sup> Kubanische Vertreter haben vor den Vereinten Nationen ihre Solidarität mit Lukaschenko bekundet. Vor allem Russland bietet Märkte, grenzüberschreitende Investitionen, politische Rückendeckung und wahrscheinlich auch polizeiliche und

militärische Unterstützung. Als sich belarussische Journalisten 2020 weigerten, ein gefälschtes Wahlergebnis zu verbreiten, entsandte Russland Journalisten, um sie zu ersetzen.<sup>6</sup> Im Gegenzug gestattete die belarussische Regierung Russland die Stationierung von Truppen und Waffen sowie die Verwendung dieser Stützpunkte im Krieg gegen die Ukraine.

Auch Venezuela ist theoretisch international isoliert. In Reaktion auf die Brutalität, den Drogenschmuggel und die Verstrickung des Regimes in die internationale Kriminalität haben die Vereinigten Staaten, Kanada und die Europäische Union seit 2008 ihre Sanktionen verschärft. Doch die Regierung von Nicolás Maduro erhält Kredite von Russland,<sup>7</sup> das auch in die venezolanische Ölindustrie investiert, genau wie der Iran. Ein belarussisches Unternehmen lässt Traktoren in Venezuela montieren,<sup>8</sup> und die Türkei ermöglicht dem Land seinen unzulässigen Goldhandel.<sup>9</sup> Kuba hat seit Langem Sicherheitsberater entsandt und unterstützt die Regierung mit Militärtechnologie. Bei der Niederschlagung der Demonstrationen der Jahre 2014 und 2017 in Caracas, in deren Verlauf mehr als siebenzig Menschen getötet wurden, kamen Wasserwerfer, Tränengas und Polizeischilder aus chinesischer Produktion zum Einsatz.<sup>10</sup> Auch bei der Überwachung der Bevölkerung greift China dem Regime unter die Arme.<sup>11</sup> Dank des internationalen Drogenhandels sind Regierungsmitglieder und ihre Angehörigen und Gefolgsleute bestens mit Versace und Chanel versorgt.

Die Diktatoren von Belarus und Venezuela sind in ihrer Heimat verhasst.<sup>12</sup> Freie Wahlen würden sie verlieren, wenn es solche Wahlen denn gäbe.<sup>13</sup> In beiden Ländern gibt es eine starke Opposition mit charismatischen Anführern und einer leidenschaftlichen Basis, die ihre Mitbürger inspirieren, Risiken auf sich zu nehmen, für eine Wende zu kämpfen und auf

die Straße zu gehen. Im August 2020 demonstrierten in Belarus mehr als eine Million Menschen (bei einer Bevölkerung von zehn Millionen) gegen den Wahlbetrug. Auch in Venezuela gingen Hunderttausende auf die Straßen.

Wenn ihre Gegner nur das korrupte und bankrotte Regime Venezuelas oder das feige und brutale Regime in Belarus gewesen wären, dann wären diese Proteste vielleicht erfolgreich verlaufen. Doch ihre Gegner waren nicht nur die Autokraten im eigenen Land, sondern die Autokraten in aller Welt, die in zahlreichen Ländern Staatsbetriebe unterhalten, über die sie Investitionen in Milliardenhöhe tätigen können. Ihre Gegner waren Regimes, die Überwachungstechnologie in China und Bots in Russland kaufen. Vor allem aber kämpften sie gegen Führer, denen die Befindlichkeiten und Ansichten ihrer Landsleute und der internationalen Gemeinschaft gleichgültig sein können. Die Achse der Autokraten versorgt ihre Mitglieder nämlich nicht nur mit Geld und Waffen, sondern sie bietet ihnen etwas weniger Greifbares: Straflosigkeit.

Das unter den hartgesottenen Autokraten verbreitete Bewusstsein, dass ihnen die Welt nichts anhaben kann – das Bewusstsein, dass andere Länder keine Rolle spielen und sie sich nie der öffentlichen Meinung stellen müssen –, ist relativ neu. Selbst der Führung der Sowjetunion, der mächtigsten Autokratie der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, war sehr an der internationalen Wahrnehmung gelegen. Energisch behauptete sie die Überlegenheit ihres politischen Systems und widersprach jeglicher Kritik daran. Zumindest nach außen hin bekannte sie sich zu den nach dem Zweiten Weltkrieg unterzeichneten Abkommen und Übereinkünften zu Menschenrechten, Krieg und Rechtsstaatlichkeit. Als der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow 1960 in seiner berühmten Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen

mit dem Schuh auf das Pult einschlug, tat er das deshalb, weil der philippinische Gesandte erklärt hatte, den von der Sowjetunion kontrollierten Ländern Europas würden die »bürgerlichen und politischen Rechte« vorenthalten und sie seien »von der Sowjetunion geschluckt« worden. Chruschtschow fühlte sich genötigt, dem zu widersprechen.<sup>14</sup> Noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts verhüllten die meisten Diktaturen ihre wahren Absichten mit ausgeklügelten und sorgfältig manipulierten demokratischen Darbietungen.<sup>15</sup>

Inzwischen ist es den Mitgliedern der Achse der Autokraten gleichgültig, ob ihre Länder kritisiert werden. Einige, wie die Führer von Myanmar oder Simbabwe, stehen für nichts anderes als Selbstbereicherung und Machterhalt – man kann sie nicht beschämen. Die religiösen Führer des Iran verwahren sich selbstbewusst gegen jegliche Äußerung von Ungläubigen aus dem Westen. Die Regimes von Kuba und Venezuela behandeln Kritik aus dem Ausland als Beleg für eine gewaltige imperialistische Verschwörung. Die Führungen Chinas und Russlands fechten seit einem Jahrzehnt die Menschenrechtsforderungen internationaler Einrichtungen an und haben auf diese Weise viele Menschen in aller Welt überzeugt, dass es sich bei den Abkommen zu Krieg und Völkermord oder Vorstellungen wie »bürgerliche Freiheiten« und »Rechtsstaatlichkeit« um westliche Konstrukte handle, die in ihren Ländern keine Anwendung fänden.

In ihrer Gleichgültigkeit gegen Kritik aus dem Ausland greifen moderne Autokraten ohne jede Scham zu brutaler Gewalt. Die Militärregierung von Myanmar macht keinen Hehl daraus, dass sie in den Straßen von Rangun Hunderte Demonstranten getötet hat, darunter zahlreiche Jugendliche. Das Regime von Simbabwe schikaniert bei seinen Scheinwahlen die Oppositionspolitiker in aller Öffentlichkeit. Die chinesische

Regierung brüstet sich mit der Niederschlagung der Demokratiebewegung in Hongkong und ihrer »Antiextremismus«-Kampagne in Xinjiang, die Massenfestnahmen und die Internierung Hunderttausender muslimischer Uiguren in Umerziehungslagern bedeutet.<sup>16</sup> Die iranischen Mullahs machen sich nicht die Mühe, ihre brutale Unterdrückung von Frauen zu verheimlichen.

Der internationale Demokratieaktivist Srđa Popović bezeichnet dieses Herrschaftsprinzip nach dem venezolanischen Führer als »Maduro-Modell«: Autokraten fürchten sich nicht vor Staatsversagen – um sich an der Macht zu halten, nehmen sie auch wirtschaftlichen Kollaps, Gewalt, Massenarmut und internationale Isolation in Kauf.<sup>17</sup> Ähnlich wie Maduro scheint es Baschar al-Assad in Syrien oder Lukaschenko in Belarus gleichgültig zu sein, ob sie über ruinierte Volkswirtschaften und Gesellschaften herrschen. Bürgern der demokratischen Welt fällt es schwer, Regimes dieser Art zu begreifen, denn deren Hauptziel besteht nicht darin, das Wohl ihrer Bürger zu mehren. Ihr Hauptziel ist der Machterhalt, und dazu sind sie bereit, Nachbarländer zu destabilisieren, das Leben ihrer Bürger zu zerstören oder – wie ihre Vorgänger – Hunderttausende in den Tod zu schicken.



Die Autokraten des 20. Jahrhunderts waren sich genauso wenig einig wie die von heute. Kommunisten und Faschisten führten Kriege gegeneinander, bisweilen kämpften Kommunisten auch gegen Kommunisten.<sup>18</sup> Aber sie waren sich einig in ihren Ansichten über das, was der sowjetische Staatsgründer Lenin abfällig als »bürgerliche Demokratie« bezeichnet hat: Sie müsse notwendig »eng, beschränkt, falsch und verlogen«

bleiben, eine »Demokratie für die Reichen«; die »reine Demokratie« sei nur eine »verlogene Phase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält«. <sup>19</sup> Als Führer einer anfänglich kleinen Splitterpartei hielt Lenin verständlicherweise nicht sonderlich viel von Wahlen: »Nur Schufte oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie [...] vor sich gehen, die Mehrheit erobern und könne erst dann die Macht ergreifen.« <sup>20</sup>

Die Vordenker des Faschismus verstanden sich zwar als erbitterte Gegner Lenins, doch gegenüber Demokraten äußerten sie sich genauso verächtlich. Der italienische Duce Benito Mussolini, dessen Bewegung die Begriffe »Faschismus« und »Totalitarismus« prägte, verspottete freiheitliche Gesellschaften als schwach und entartet. »Der liberale Staat wird untergehen«, sagte er 1932 voraus. »Alle politischen Experimente unserer Tage sind antiliberal.« Er stellte die Definition der Demokratie auf den Kopf, als er die Diktaturen in Italien und Deutschland als »die größten und gesündesten Demokratien der heutigen Welt« bezeichnete. <sup>21</sup> Hitler hieb mit seiner Kritik an der freiheitlichen Demokratie in dieselbe Kerbe. In seinem Buch *Mein Kampf* bezeichnete er den Parlamentarismus als »Spottgeburt aus Dreck und Feuer«. Weiter schrieb er: »Das Recht der persönlichen Freiheit tritt zurück gegenüber der Pflicht der Erhaltung der Rasse.« <sup>22</sup>

Schon 1929 warnte Mao Tse-tung, der spätere Große Vorsitzende der Volksrepublik China, vor »ultrademokratischen Ansichten«, die »mit den Kampfaufgaben des Proletariats von Grund auf unvereinbar« seien – eine Aussage, die er später in seinem *Kleinen Roten Buch* wiederholte. <sup>23</sup>

Auch eines der Gründungsdokumente der heutigen Diktatur von Myanmar, ein Artikel über den burmesischen Weg



zum Sozialismus aus dem Jahr 1962, ergeht sich in einer Tirade gegen gewählte Volksvertretungen: »Die parlamentarische Demokratie Burmas hat es nicht nur versäumt, unserer sozialistischen Entwicklung zu dienen, sondern aufgrund ihrer Widersprüche, Fehler, Schwächen und Schlupflöcher, ihres Missbrauchs und des Fehlens einer reifen Öffentlichkeit hat sie die sozialistischen Ziele aus dem Blick verloren.«<sup>24</sup>

Sayyid Qutb, einer der geistigen Väter des modernen radikalen Islam, griff sowohl den kommunistischen Glauben an eine Weltrevolution als auch die faschistische Vorstellung von der befreienden Macht der Gewalt auf. Wie Hitler und Stalin war er der Meinung, freiheitliche Ansichten und moderner Handel seien eine Gefahr für den Aufbau einer idealen (und für Qutb war das eine islamische) Zivilisation. Der Kampf gegen die Demokratie und die Rechte des Einzelnen bildet die Grundlage seiner Ideologie, aus der er einen Kult der Zerstörung und des Todes formte. Den iranischen Bürgerrechtsaktivistinnen Ladan und Roya Boroumand zufolge träumte Qutb davon, dass eine »kleine, ideologisch bewusste Vorhut« eine blutige Revolution anführen werde, um seine Vorstellung einer idealen Gesellschaft zu verwirklichen: »eine klassenlose Gesellschaft, in der das ›egoistische Individuum‹ der freiheitlichen Demokratien keinen Platz hätte und ›die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen‹ aufgehoben wäre. Gott allein würde darin herrschen, durch die Einführung des Islamischen Rechts (Scharia).« Diese Herrschaftsform bezeichnen sie als »Leninismus in islamistischem Gewand«.<sup>25</sup>

Moderne Autokraten unterscheiden sich in vieler Hinsicht von ihren Vorbildern des 20. Jahrhunderts. Doch auch sie haben – bei allen ideologischen Differenzen – einen gemeinsamen Feind. Dieser Feind sind wir.

Genauer gesagt ist der Feind die demokratische Welt, »der

Westen«, die NATO, die Europäische Union, die demokratische Opposition im eigenen Land und das freiheitliche Gedankengut, für das sie alle stehen. Dazu gehört die Vorstellung, dass das Gesetz für alle gleich ist und nicht willkürlichen politischen Entscheidungen unterworfen, dass Gerichte und Richter unabhängig sein sollten, dass politische Opposition zur jeweils herrschenden Regierung legitim ist, dass der Staat das Recht auf Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert und dass es unabhängige Journalisten, Schriftsteller und Autoren geben kann, die dem Staat gegenüber loyal sind, auch und gerade wenn sie die Regierung kritisieren.

Autokraten hassen diese Grundsätze, da sie ihre Macht gefährden: Unabhängige Gerichte können die Herrschenden zur Rechenschaft ziehen; eine freie Presse kann Korruption und Selbstbereicherung aufdecken; Bürger mit politischer Mitsprache können die Regierung abwählen.

Der Hass auf die Demokratie ist nicht mehr Teil eines geopolitischen Konkurrenzkampfs, wie so viele »Realisten« und Experten für internationale Beziehungen noch immer glauben. Er hat seine Wurzeln vielmehr in der Natur des demokratischen Systems, in Vorstellungen wie »Rechenschaft«, »Transparenz« und »Volksherrschaft«. Die Autokraten hören, wie diese Sprache in der demokratischen Welt gesprochen wird, sie hören ihre eigenen Dissidenten dieselbe Sprache sprechen und versuchen, beide zu vernichten. Das sagen sie ganz unverhohlen. Im Jahr 2013, als Xi Jinping seinen Aufstieg begann, benannte ein chinesisches Rundschreiben mit dem geheimnisvollen Titel »Dokument Nummer 9« oder »Kommuniqué zur aktuellen Situation im Bereich der Ideologie« sieben Gefahren für die Kommunistische Partei Chinas. Ganz oben stand »westliche konstitutionelle Demokratie«, gefolgt von »allgemeinen Menschenrechten«, Unabhängigkeit

der Medien, Bürgerbeteiligung sowie »nihilistischer« Kritik an der Kommunistischen Partei. Das inzwischen berüchtigte Dokument kam zu dem Schluss, dass »China feindlich gesinnte westliche Kräfte« gemeinsam mit einheimischen Dissidenten »fortwährend den Bereich der Ideologie infiltrieren«. Funktionäre wurden angewiesen, diesem Gedankengut entgegenzuwirken und es im Internet sowie im öffentlichen Raum zu unterdrücken.<sup>26</sup>

Spätestens seit 2004 konzentriert sich Russland auf dieselbe Bedrohung. In diesem Jahr erhoben sich die Bürger der Ukraine in der Orangen Revolution – so genannt nach der Farbe der T-Shirts und Fahnen der Demonstranten – gegen den plumpen Wahlbetrug der Regierung. Dass sie damit die sorgfältig konzertierten Anstrengungen zunichtemachten, dem prorussischen, von Putin unterstützten Kandidaten Wiktor Janukowytsch zum geplanten Sieg zu verhelfen, verunsicherte das russische Regime, zumal im Jahr zuvor ähnliche Proteste in Georgien den proeuropäischen Politiker Micheil Saakaschwili an die Macht gebracht hatten. Aufgeschreckt durch diese beiden Ereignisse, rückte Putin das Schreckgespenst der »farbigen Revolution« in den Mittelpunkt der russischen Propaganda. Seither werden in Russland bürgerliche Protestbewegungen als »farbige Revolution« und als ausländische Machenschaften bezeichnet. Oppositionsführer werden als »Marionetten des Auslands« verunglimpft, Forderungen nach Korruptionsbekämpfung und Demokratie mit Chaos und Instabilität in Verbindung gebracht. Als die Menschen 2011 schließlich sogar in Russland selbst gegen manipulierte Wahlen auf die Straße gingen, erinnerte dies Putin an die Orange Revolution, und er warnte vor diesem »erprobten Mittel zur Destabilisierung der Gesellschaft«; der russischen Opposition warf er vor, sie wolle »diese Praktiken auf russischen